

BürgerInnenbrief **Mitte**

2. Februar 2009



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Arbeitsmarkt +++ Freihafen soll bleiben +++ Hafencity +++ Sportstadt +++ Pferderennen +++ Stadtteil-Litfaßsäule

Schwarz-grün im Tiefschlaf: aktive Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik = Fehlanzeige



Kurzarbeit im tesa-Werk Hamburg-Hausbruch

Die Zeiten guter Nachrichten vom Arbeitsmarkt sind vorbei. Der Chef der Hamburger Arbeitsagentur, Rolf Steil, präsentierte Ende Januar die aktuellen Zahlen. Demnach stieg die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Dezember um 9,4% auf 76.179 HamburgerInnen (Arbeitslosenrate: 8,5%). Er kommentierte diesen Anstieg so: »Wir spüren die ersten Auswirkungen der Wirtschaftskrise... In den nächsten Monaten steigt die Arbeitslosigkeit.« Ein Ende der Wirtschaftskrise sei nicht in Sicht.

Die Rückwirkungen der Krise erreichen jetzt auch die Hansestadt, Schifffahrt und Hafen melden deutliche Abschwächungstendenzen. Die weltweite Wirtschaftskrise ist zum Beispiel beim Hamburger Klebefolienspezialisten Tesa angekommen: Weil immer weniger Aufträge – das Unterneh-

men erzielt rund 80% seines Umsatzes mit selbstklebenden Spezialprodukten für die Industrie – eingehen, hat die Beiersdorf-Tochter für ihr Werk in Hamburg-Hausbruch Kurzarbeit beantragt. Vom 1. März an arbeiten 430 MitarbeiterInnen nur noch vier statt bisher fünf Tage in der Woche. Sie haben damit Gehaltseinbußen von 10-15% zu verkraften. In Hausbruch wurde die Kurzarbeit zunächst für drei Monate beantragt. Was danach geschieht, kann gegenwärtig noch niemand sagen.

Es ist unübersehbar: Die Rückwirkungen der globalen Finanzkrise auf die Wirtschaft haben den sich seit langem abzeichnenden konjunkturellen Abschwung verstärkt. Eine der Finanzkrise nachfolgende schwere Schrumpfung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses könnte bei ent-

sprechendem politischem Willen allerdings verhindert werden. Eine Jahrhundertkrise bekämpft man nicht durch Lohnkürzungen à la Reichskanzler Heinrich Brüning Anfang der 1930er Jahre, sondern durch sinnvolle Zukunftsinvestitionsprogramme.

Gleichwohl zeigt der schwarz-grüne Senat bisher keinerlei Anstrengungen, die neue Situation etwa beim Haushalt zu erfassen, oder gar mit einer Veränderung der Wirtschaftspolitik auf die Gefahr einer Wirtschaftskrise zu antworten. Geboten wäre eine radikale Wende in der Arbeitsmarktpolitik weg von der Förderung des Niedriglohnsektors hin zum Aufbau von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, wodurch insbesondere der unseligen Praxis der Ein-Euro-Jobs ein Ende bereitet werden könnte. Hinzu kommen müssten Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen jener 244.000 HamburgerInnen, die auf Hartz IV-Grundsicherung im Alter oder Sozialhilfe angewiesen sind. Das alles kostet Geld und wird angesichts des finanzpolitischen Desasters, das uns der Hamburger Senat beschert, wohl nur über zusätzliche Verschuldung zu finanzieren sein. Dies muss in Kauf genommen werden, um die soziale Spaltung in der Stadt zu bekämpfen und die Wirtschaftsentwicklung zu stabilisieren.

Auf dem Hamburger Arbeitsmarkt sind die Folgen der internationalen Finanzkrise und des Konjunktüreinbruchs bislang nur eingeschränkt sichtbar. Dieser präsentierte sich im Oktober 2008 noch in relativ guter Verfassung. Inzwischen ist je-

doch zumindest soviel deutlich: Die relativ positive Beschäftigungssituation hat bald ein Ende, dies bestreitet selbst die Agentur für Arbeit Hamburg nicht mehr: »Längerfristig gesehen dürfte eine Eintrübung der Konjunktur allerdings die positive Entwicklung des Hamburger Arbeitsmarktes beeinträchtigen.«

Das ist noch sehr vorsichtig formuliert. Wir müssen davon ausgehen, dass die Zahl der Arbeitslosen in relativ kurzer Frist wieder auf über 80.000 Menschen ansteigt. Besonders gefährdet sind dabei die Personengruppen, die schon bisher von Arbeitslosigkeit überproportional betroffen waren. Da sind zum einen die Langzeitarbeitslosen (22.626), die schon jetzt 32% aller Arbeitslosen ausmachen. Da sind zum anderen die MigrantInnen (17.743), die in der Vergangenheit immer am stärksten unter Arbeitslosigkeit zu leiden hatten. Ihre Arbeitslosenquote lag im Oktober 2008 mit 19,3% mehr als doppelt so hoch wie der Durchschnitt.

Hinzu kommt, dass der Beschäftigungsaufbau der letzten Jahre mit einer massiven Ausweitung von prekären Beschäftigungsverhältnissen verbunden war. So gibt es in Hamburg

- 156.252 geringfügig Beschäftigte,
- 32.151 Menschen, die trotz Arbeit arm sind,
- 26.388 (2007) LeiharbeiterInnen,
- 10.684 Menschen in Ein-Euro-Jobs.

Zu befürchten ist, dass diese Beschäftigtengruppen vom konjunkturellen Einbruch besonders betroffen sein werden.

Freihafen sollte bleiben! Auf jeden Fall bis 2013!



Bald überflüssig? Zoll-Schiffe im Hamburger Hafen

Wie zu befürchten war, hält der Senat daran fest, die drastische Verkleinerung des Freihafens, dessen 120. Geburtstag wir im vergangenen Oktober feiern konnten, mit Macht voranzutreiben. Dabei nimmt er weder Rücksicht auf die traditionelle Rolle, die er seit Eröffnung am 15. Oktober 1888 für den wirtschaftlichen Aufstieg der Freien und Hansestadt zur Handelsmetropole gespielt hat, noch werden die Interessen der im Freihafen agierenden Quartiersleute angemessen berücksichtigt. Betroffen sind etwa 230 zollrelevante Unterneh-

men mit Sitz in der bisherigen Freizone und einige Tausend Beschäftigte.

Obwohl Veränderungen EU-genormter, zollrechtlicher Bestimmungen erst im Jahre 2013 greifen, will der Senat bereits ab Mitte 2009 das zentrale Freizonenprivileg, die Anmelde- und Gestellungsbefreiung für Nicht-EU-Waren, aufheben und zum 1. Januar 2011 das Freihafengelände – das zur Zeit noch 23% des gesamten Hafens ausmacht – von 1.636 auf 60 Hektar auf dem Kleinen Grasbrook reduzieren. Mit einer ei-



Speicherstadt: hier sind die Hamburger Quartiersleute zu Hause

lig erst in einer gemeinsamen Sitzung von Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 6. Januar 2009 beratenen und dann auf der Bürgerschaftssitzung am 22. Januar 2009 durchgewunkenen Senats-Drucksache (Nr. 19/1636) sollten Pflöcke gesetzt werden. Doch entgegen der Euphorie, die insbesondere Wirtschaftssenator Axel Gedaschko verbreitet, sind die Probleme größer als offiziell eingestanden. Nicht zufällig wurde »Eurogate« schon vor zwei Jahren, trotz Kritik am Abbau des Freihafens, zum Stillschweigen verpflichtet. Und nicht zufällig hält der Senat die vollständigen Ergebnisse einer im Jahre 2007 durchgeführten Befragung der betroffenen Unternehmen hinsichtlich ihrer Zukunftswünsche bis heute unter Verschluss. In der o.a. Drucksache heißt es wenig erhellend, dass »das Ergebnis der Befragung kein einheitliches Meinungsbild zeitigte«.

Sollten doch erheblich mehr UnternehmensvertreterInnen der Verkleinerung des Freihafens skeptisch gegenüber stehen? Nicht zufällig malte Senator Gedaschko auf der Ausschuss-Sitzung am 6. Januar das Bild einer »zerfallenden Initiative Pro Freihafen«, die immerhin gut 120 Mitgliedsunternehmen mit 2.000 MitarbeiterInnen und einer halben Milliarde Euro Jahresumsatz repräsentiert und als Speerspitze des Widerstandes gegen die Freihafenverkleinerung gilt. Doch davon kann überhaupt nicht die Rede sein, die Initiative hält an ihren Forderungen nach Erhalt des Freihafens fest und lehnt eine »Kleine Freizone« vor Einführung des neuen EU-Zollkodex vor 2013 grundsätzlich ab.

Betroffen von der gravierenden Verkleinerung dürften vor allem diejenigen Betriebe sein, die auf die Lagerung und Bearbeitung von Nicht-EU-Waren im zollfreien Hafen angewiesen sind. Hier droht der Verlust von etlichen Arbeitsplätzen (insbesondere einfachen gewerblichen Tätigkeiten), möglicherweise sogar von ganzen Betrieben. Betroffen von der in der Stadt nur unzureichend kommunizierten Veränderung

dürfte auch die im hafennahen Bereich lebende Bevölkerung (vor allem Wilhelmsburgs und der Veddel) sein. Bisher bestehende Einschränkungen des Güterverkehrs durch die nächtliche Schließung von Zollstationen würden aufgehoben, das Zollgebiet minimiert werden und damit der LKW-Verkehr rund um die Uhr fließen.

Durchgezogen werden soll die Verkleinerung des Freihafens, die von Quartiersleuten teilweise als überfallartig empfunden wird, laut Senator Gedaschko angeblich auch deswegen, um noch in der laufenden Legislaturperiode das für die Zäsur nötige Petitum des Bundestages zu bekommen. Einschnitte in derart grundlegende zollrechtliche Bedingungen bedürfen der Zustimmung des obersten Parlaments. Doch der hohe Druck und das beschleunigte Tempo haben noch ganz andere Ursachen. Der mit zehnprozentigen Zuwachsraten boomende Containerumschlag – es geht mittlerweile um rund zehn Mio. Container pro Jahr, zuletzt mit leicht abnehmender Tendenz – benötigt immer mehr Flächen, die Spediteure setzen auf freie Fahrt. Mit der weitgehenden Aufhebung des Freihafens werden lukrative Flächen freigemacht für das schon vom CDU-Allein-Senat betriebene und jetzt von der GAL mitgetragene Konzept »Wachsende Stadt«. Der ehemalige Stadtentwicklungssenator Gedaschko will jetzt als Präses der Wirtschaftsbehörde weitere räumliche Voraussetzungen für das Aufwertungsprojekt »HafenCity« und den damit verbundenen »Sprung über die Elbe« schaffen. Als Wirtschaftssenator ist er bemüht, den städtischen Grund und Boden des Freihafens alsbald meistbietend zu verkaufen – was im Umfeld der HafenCity, einer der teuersten Baugründe Deutschlands, beträchtliche Einnahmen verspricht. Es gilt nicht zuletzt, die hohe Schuldenlast der Stadt von ca. 24 Mrd. Euro zu tilgen.

Diese Aspekte heißt es zu berücksichtigen, wenn die Bürgerschaft über die Verkleinerung des Freihafens beschließen wird. Aus der Sicht der LINKEN ist ein solcher Schritt aus

ökonomischen Gründen mittelfristig unumgänglich. Doch es ist zu bezweifeln, ob eine um über 95% reduzierte Freizone richtig dimensioniert ist und nicht zu klein ausfällt. Es spricht nichts dafür, eine verkleinerte Hamburger Freizone bereits vor dem Inkrafttreten neuer EU-Bestimmungen im Jahre 2013 zu verhängen. Die verlängerte Zeitspanne würde es den betroffenen Unternehmen ermöglichen, sich besser auf die Umstellung vorzubereiten und einem möglichen Verlust von Arbeitsplätzen und dem Ruin von Betrieben vorzubeugen. Hier ist auch die Stadt gefordert, die Übergänge zu erleichtern.

Darüber hinaus beständen in der gewonnenen Zeit mehr Möglichkeiten, ein umfassendes Gesamtverkehrskonzept für Hamburg zu erarbeiten und mit Blick auf die verkehrsbelastete Elbinsel Wilhelmsburg angemessene und mit der Bevölkerung abgestimmte Lösungen zur Verringerung bzw. Verlagerung des Güter- und Durchgangsverkehrs zu entwickeln. Einem sofortigen Abbau der bisherigen Zollgrenze am südlichen Spreehafenufer bzw. seiner Verlagerung auf die gegenüber liegende Seite steht im Übrigen nichts entgegen.

DIE LINKE fordert den Senat auf, seine übereilten Verkleinerungspläne zurückzuziehen und keinesfalls vor 2013 zu realisieren. Insbesondere Senator Gedaschko muss dazu bewegt werden, die Sorgen der betroffenen Unternehmen und ihrer MitarbeiterInnen ernster zu nehmen und das Gespräch mit ihnen, vor allem auch der »Initiative Pro Freihafen«, fortzusetzen und ergebnisoffen zu gestalten.

Allzu viele Hoffnungen kann man sich diesbezüglich allerdings nicht machen. Trotz der vor kurzem erneut in die Presse gebrachten Sorgen der Freizonen-Unternehmer und der jüngst erfolgten Ablehnung einer (verkleinerten) Freizone seitens der Bundesfinanzdirektion bleibt Senator Gedaschko stur. Meiner Bitte, ein persönliches Gespräch unter Einbeziehung der Initiativesprecher anzuberaumen, kam er nicht nach. Vielmehr antwortete er lapidar: »Jetzt sind alle Beteiligten aufgerufen, an einer praxismgerechten Umsetzung der Senatsentscheidung im Interesse der Hamburger Wirtschaft mitzuwirken.« DIE LINKE wird diesen Akt jedenfalls nicht mittragen.

Wie ein Architekturwettbewerb für die Hafencity zelebriert wird

Impressionen von Antje Schellner



Pläne für den Magdeburger Hafen: HafenCity Universität

Als Vertreterin für die Fraktion DIE LINKE in der Jury beim Architekturwettbewerb »Magdeburger Hafen, Neubebauung der östlichen Hafenkante« muss Mensch schon einige Nerven mitbringen, um an Grundinformationen zu kommen und sich in dem Umfeld bewegen zu können. Wo die Sitzung der Jury-Mitglieder stattfinden sollte, musste ich notgedrungen per Telefon bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) erfragen. Dass die Politik erst einen Tag vor Ablauf des Redaktionsschlusses für mögliche Nachfragen hinsichtlich des Ausschreibungsverfahrens, und damit gut einen

Monat später als die anderen Jury-TeilnehmerInnen eingeladen wurde, wusste ich bis zu dem drei Wochentage später folgenden Termin des »Rückfragekolloquiums« nicht.

Am Vormittag des 27. Januar kam die Jury in einer kaum beheizten Hafenerlagerhalle (so um die 14 Grad Celsius) zusammen, wo ich gleich nach Ablegen des Mantels bereute, dies getan zu haben. Dann begrüßte mich der Mitarbeiter des mit der Verfahrensmoderation beauftragten Architektur- und Stadtplanungsbüros mit einem recht desinteressiert klingenden »Ach, Sie sind von der Politik!« So wurde man denn auch ste-

hen gelassen, bis man/frau von selbst darauf kam, dass sich die Jury im etwas besser geheizten, mit Glas abgetrennten Nebenraum zusammensetzen könnte.

Die Jury-Mitglieder mussten sich zum Teil ihre Stühle aus dem Nebenraum selbst holen und es gab nicht genügend Plätze am Tisch, um den herum sich der sich duzende und Küsschen gebende Inner-Circle-Mitgliederkreis platzierte. Der Rest der Jury saß »am Katzentisch«, eben auf den selbst geholten Stühlen an der Wand. Eine vom Moderator angekündigte Vorstellungsrunde wurde dann doch nicht durchgeführt (die wirklich Wichtigen kannten sich ja sowieso schon gut genug). Die anderen Jury-TeilnehmerInnen hatten bereits seit Dezember Zeit gehabt, sich in entsprechende Unterlagen zu vertiefen und Nachfragen einzureichen. Es fehlten der Politik schlicht die Informationen und auch etwaige Nachfragemöglichkeiten. Sie wurde faktisch nicht beteiligt. Ein Mitarbeiter der BSU meinte, »das hat die Behördenleitung verbaselt«. Herr Osterburg vom GAL-Bezirk Mitte hingegen sah die Schuld bei der Schlampigkeit des Architekturbüros, welche das Verfahren leitet (»die muss man sich immer erst einmal erziehen«, so der Tenor in einem Gespräch am Rande).

Der Hinweis des GAL-Bezirksfraktionsvorsitzenden, dass die Politik aus einem wichtigen Teil des Verfahrens herausgehalten wurde, blieb vom moderierenden Architektenbüro unkommentiert. Nicht einmal eine form- und höflichkeitswah-

rende Entschuldigung war drin. Herr Osterburg merkte an, dass ein vorgestelltes Gebäude nicht, wie ursprünglich angedacht, überwiegend Wohnraum enthalte, sondern dessen Anteil unterhalb der festgelegten 50% liege. Ein Hinweis auf die eingeplanten Arbeits-/Wohnlofts als moderne Wohnform stellte die Antwort dar. Mehr Zeit blieb nicht für Rückfragen der Politik. Der Moderator drängte. Mir unbekannte Jury-Mitglieder lobten die hohen ästhetischen Möglichkeiten von Piazza und Loggiaformationen. Naja.

Der Geschäftsführerin einer Firma namens »designX« (oder so ähnlich), ebenfalls Mitglied der Jury, wurde trotz angeblich so großer zeitlicher Enge zugestanden, für die Eröffnung des Unternehmens, welches im zu entwerfenden Gebäude seinen Sitz haben wird, Werbung zu machen.

Wir wurden darauf hingewiesen, dass die Juryteilnahme verpflichtend sei und eventuell bis 15 Uhr dauern könnte (obwohl 13 Uhr angekündigt war). Für die Stärkung (damit diese nicht allzu viel Zeit beanspruchen würde) ständen daher auch (wie sich dann zeigte trockene) Brötchen zur Verfügung.

Als ich unter den vielen eintreffenden BewerberInnen auch noch den inkompetenten Architekten entdeckte, der im vergangenen Jahr das Evangelische Kindertagesheim in St. Georg ausbauen sollte und es nach zweimaligem Rausriss bis jetzt nicht geschafft hat, den Küchenfußboden zu begradigen, habe ich die Veranstaltung verlassen.

Mehr Demokratie – Ein faires Wahlrecht für Hamburg

Unter diesem Motto haben die Initiatoren ein neues Volksbegehren gestartet, das den Bürgern mehr Einfluss auf die Zusammensetzung der Parlamente gewähren soll. Bereits 2004 hatten die Hamburger per Volksentscheid ein solches Wahlrecht beschlossen, das allerdings 2006 von der CDU-Aleinregierung wieder gekippt worden war. »Die Verfälschung des Volksentscheids durch die Hamburger CDU ist ein einzigartiger Skandal«, sagt Manfred Brandt, Vertrauensperson der Initiative. In den Wahlkreisen sei eine Barriere eingeführt worden, die in den meisten Fällen verhindere, dass ein Kandidat von einem hinteren Listenplatz nach vorne rücke, kritisiert die Initiative. So gab es bei der Wahl im Februar 2008 in 11 von 17 Wahlkreisen Fälle, wo Kandidaten mehr Personenstimmen erhielten als ihre Mitbewerber, aber trotzdem nicht in die Bürgerschaft einzogen.

Die Initiatoren des Volksbegehrens führen den geringen Wählereinfluss auf Änderungen zurück, die die CDU eingeführt hatte, noch bevor das neue Wahlrecht zum ersten Mal angewendet wurde: Auf starren Landeslisten dürfen die Wähler nur eine Parteistimme statt der ursprünglichen fünf Stimmen vergeben. Bei der Wahl der Bezirksversammlungen wurde die 5%-Hürde wieder eingeführt. Und eine Klausel legt fest, dass die Zahl der Bürgerschaftssitze einfach erhöht wird, wenn ein parteiloser Kandidat einen Sitz erhält. Bei der Regierungsbildung käme es somit nicht auf parteilose Kandidaten an.

Mehr Demokratie will jetzt die kritisierten Änderungen wieder rückgängig machen. In den Wahlkreisen und auf den Landeslisten sollen die Bürger je fünf Stimmen auf Politiker ihrer Wahl verteilen können. Außerdem fordern die Initiatoren, dass die 5%-Klausel für die Wahl der Bezirksversammlungen, wie in Deutschland auf kommunaler Ebene üblich, auch in Hamburg wieder abgeschafft wird. Die Bezirksversammlungen sollen gleichzeitig mit dem Europaparlament gewählt werden, um ihre Eigenständigkeit gegenüber der Bürgerschaft zu stärken.

»Wir wollen nach wie vor, dass die Bürger das letzte Wort darüber haben, wer sie vertreten soll«, erklärt Manfred Brandt. »Das ist der Wesenskern der repräsentativen Demokratie.« Wenn es gelingt, bis zum 12. Februar 61.843 gültige Unterschriften zu sammeln, könnte ein Volksentscheid am Tag der Bundestagswahl stattfinden, um den Wählereinfluss wieder zu stärken.



Mehr Infos: www.faires-wahlrecht.de

Sportstadt Hamburg – aber für wen?

Was bedeutet die Charakterisierung »Sportstadt Hamburg eigentlich? Nach einer jüngst veröffentlichten Präsentation des »Hamburger Sportbundes« (HSB) soll das vor allem bedeuten, »ein vielfältiges und kostengünstiges Sportangebot für alle (zu) ermöglichen«. Dem kann die LINKE uneingeschränkt zustimmen. Sportliche Betätigung ist für die Menschen von zentraler Bedeutung, sowohl was Erhalt und Beförderung von Gesundheit, der Fitness und des Stressabbaus betrifft, als auch – nicht weniger wichtig – das Erreichen und Steigerung von Wohlbefinden, Geselligkeit und Spaß.

Die Handelskammer allerdings versteht darunter offenkundig etwas anderes, als sie sich jüngst als der »einzige verlässliche Partner des Hamburger Sports« gerierte. Schließlich habe man doch Geld gesammelt: für die aus Kostengründen inzwischen abgesagte Studentenolympiade (Universiade) 2015 und für das noch am seidenen Faden hängende Tennisturnier am Rothenbaum. Der »Sportexperte« der Kammer, Reinhard Wolf, spielt auch auf die 2003 gescheiterte Olympiabewerbung und das Ziel an, jedes Jahr eine Weltmeisterschaft (WM) in Hamburg auszurichten. Thorsten Kausch, Geschäftsführer der stadt-eigenen »Hamburg Marketing GmbH« pflichtet bei, dass »zur Vermarktung der Stadt Sportgroßveranstaltungen wichtig« seien (alle Zitate stammen aus dem »Hamburger Abendblatt« vom 27. Januar 2009). Ginge es also nach Handelskammer und Hamburg Marketing, dann bräuchten wir nur mal eben die eine oder andere WM und schon wäre mit der Sportstadt Hamburg alles in Butter. Die Handelskammer macht damit einmal mehr deutlich, dass es ihr um Eventkultur und Vermarktung geht, der Breitensport für die Menschen in dieser Stadt interessiert sie nicht.

Der von der SPD und der GAL getragene Senat und sein in letzter Zeit nicht sonderlich engagiert in Erscheinung getretenes Sportamt (kennt das überhaupt jemand oder ihre Leitung?) muss sich entscheiden, welchen Weg er einschlagen will. Die angesichts ungerecht verteilter Steuerlasten und nun auch noch aufgrund der Rezession absehbar rückläufigen Einnahmen wollen kalkuliert und gut durchdacht eingesetzt werden. Doch was tut der Senat?

Was das Projekt »Kombinierte Trab- und Galopprennbahn«, betrifft, so ist im folgenden Beitrag das Nötige gesagt. Ein anderes Beispiel ist die Schwimmweltmeisterschaft 2013, für die sich Hamburg »interessiert«. Schlappe 40 bis 50 Mio. Euro wären dafür vonnöten, die Hälfte der Kosten entfielen auf die Stadt, also die SteuerzahlerInnen. Als Petiteesse sei hinzugefügt, dass die Senatsverantwortlichen nicht etwa daran denken, die zu bauenden Schwimmstätten so zu entwickeln, dass sie hernach allen Schwimmbegeisterten zugute kämen. Favorisiert werden zur Zeit aufblasbare Schwimmbecken, die nach dem Ende der WM wieder eingerollt würden.

Der Umgang mit den Schwimmbädern in unserer Metropole ist eh so eine Sache. Erinnerung sei nur an die Schließung des Bismarckbades, natürlich unter Missachtung des Protests der Altonaer Bevölkerung. Und auch die Ankündigung der



Wenn schon keine Hallen frei sind..

städtischen »Bäderland GmbH«, den Eintritt in allen 20 Hamburger Hallenbädern um 30 Cent für Erwachsene und 10 Cent für Kinder ein weiteres Mal zu erhöhen, deutet an, wo die Akzente (eben nicht) gesetzt werden. Wie viele Monate im Jahr könnten alle HamburgerInnen wohl kostenfrei ein Hallenbad benutzen, wenn der Senat auf die Ausrichtung der Schwimm-WM verzichten würde?

Auch wenn der Senat nicht gerade ein »gutes Händchen« für eine nachhaltige und effektive Sportförderung hat (seit rund zweieinhalb Jahren bastelt er bislang ohne greifbares Ergebnis an einer Software für die einheitliche Sporthallenverwaltung [siehe Drucksache 19/1923]), so ist er doch gezwungen, die sich mehrenden Proteststimmen aus dem Sport zur Kenntnis zu nehmen und wenigstens Mini-Schritte zu gehen. Der dem Hamburger Sportbund gestrichene Beitrag in Höhe von 1,05 Mio. Euro soll im laufenden Jahr nur noch um 0,2 Mio. Euro unter dem noch vor wenigen Jahren gewährten Satz bleiben, damit kann der HSB den gesamten Sport in der Stadt wieder mit 6,3 Mio. Euro jährlich fördern. Und auch eine mehr als überfällige »Sanierungsoffensive für Sportstätten« hat der Senat auf die Agenda genommen: bis 2012 (!) sollen rund 4 Mio. Euro für öffentliche und 1,5 Mio. Euro für vereins-eigene Anlagen investiert werden – ein Bruchteil dessen, was alleine für die Kombibahn und die Schwimm-WM angedacht ist. Wenn diese Sanierungsoffensive ähnlich ausgeht, wie die großspurig 2006 und 2008 verkündeten »Wohnungsbauoffensiven« (noch immer werden maximal zwei Drittel der Anzahl von Wohnungen neu gebaut, die notwendig wären, um den Bedarf zu decken) dann gute Nacht, Sport-Marie!

Millionengrab Kombibahn?



Derby in Hamburg: Wird es auch für die neue Kombibahn Freikarten geben?

Sie erinnern sich: im BürgerInnenbrief Dezember berichtete ich über die »Kombibahn«. Es geht um ein Projekt, das mit immerhin 11 Mio. Euro im Haushaltsplanentwurf eingestellt ist: Die geplante kombinierte Trab- und Galopp-Pferderennbahn in Horn, die womöglich bis zu 50 Mio. kosten dürfte! Seit Ende der 1990er Jahre wird in einschlägigen Kreisen um die Zukunft des Pferde(wett)sports in Hamburg gestritten, flankiert von Skandalchen und Pleiten. Die zuständige Senatorin von Welck gegenüber der Presse (WELT Online vom 10.1.2009):

»Oft bestimmt der Senat ein Ziel und sucht dann jemanden, der die Pläne realisiert. Bei der Doppelrennbahn für Galopper und Traber suchen Sie einen Betreiber, ohne den das Projekt wohl zu Fall käme. Wälzen Sie die Probleme so nicht einfach ab?

von Welck: Nein, Senat oder Bezirke können das ja nicht selbst leisten. Für die Realisierung der Horner Rennbahn bedarf es eines kompetenten Partners, der auch die entsprechenden Ressourcen und Fachkenntnisse mitbringt. Es liegen uns diesbezüglich schon sehr viel versprechende Konzepte vor, die auch städte- und landschaftsplanerische Aspekte berücksichtigen. Ich bin sicher, dass eine Doppelrennbahn, die ja auch für andere Freizeitaktivitäten genutzt werden könnte, wirtschaftlich überlebensfähig ist.

Seit einem Jahr geht es aber nicht mehr so recht voran. Skeptiker glauben, wenn überhaupt, nicht an eine Eröffnung vor 2015. Wann, denken Sie, wird es soweit sein?

von Welck: Noch in dieser Legislaturperiode müssen wenigstens die Bauarbeiten beginnen, besser noch, die Anlage wird bis 2013 fertig. Da sich eigentlich alle einig sind im Ziel und die Pläne weit gediehen sind, halte ich das für realistisch.

Ein Scheitern schließen sie aus?

von Welck: Ja, denn die Doppelrennbahn steht ja sogar im Koalitionsvertrag.

Papier ist geduldig.

von Welck: Unterschätzen Sie den Text dieses Vertrages nicht. Der ist im Koalitionsalltag von immenser Bedeutung.«

Jetzt kommt in der Tat Tempo in die Sache. Für die »Doppelrennbahn« auf dem Gelände der Horner Rennbahn legte die Firma »Ernst & Young« Ende 2006 ein Gutachten vor, das bis März 2007 zu einer Machbarkeitsstudie erweitert, allerdings nie veröffentlicht wurde. Im Juni 2007 fällte ein vom Senat einberufener Lenkungsausschuss die Entscheidung, die Kombibahn zu bauen. Kompliziert wurde die Sache dadurch, dass es auch um die Trabrennbahn in Bahrenfeld geht, deren Zukunft nun an die geplanten Lärmschutzmaßnahmen (Stichwort »Deckelung«) an der Autobahn A7 geknüpft werden (wie üblich übrigens ohne Beteiligung der Stadtteile und der dort lebenden BürgerInnen). Bis heute haben sich die Baumaßnahmen in Horn verzögert.

DIE LINKE lehnt den Bau der Kombibahn ab, solange viele Sportstätten in Hamburg marode und dringend sanierungsbedürftig und die Baukosten in Horn nicht wirklich kalkulierbar sind. Gleichwohl wollen viele BürgerInnen in Horn auf das Ereignis des Derbys nicht verzichten. Auch wenn sie keine Pferde laufen haben und ihr knappes Geld nicht durch einen Einsatz bei Pferdewetten aufbessern wollen, ist die durch Freikarten ermöglichte Teilnahme am Derby ein herausragendes Ereignis im Stadtteil. Auch die Parkanlage, die die Horner Rennbahn einhegt, nutzen viele BürgerInnen.

Wird es aber so bleiben? Die Grand Dame der Sozialdemokratie, Elisabeth Kiausch, ist optimistisch. Ihr Herz hängt an den Trabern. Dennoch will die ehemalige Bürgerschaftspräsidentin wegen der neuen, ihr bisher in dieser Form unbekanntem Verkaufspläne für die Bahrenfelder Rennbahn nicht die Pferde scheu machen. Als Vorsitzende des Hamburger Trab-Zentrums geht sie fest davon aus, dass für ihre Sportler ohnehin ein Umzug ansteht: auf die geplante Doppelrennbahn nach Horn. »Ich wäre erstaunt, wenn sie den Trabrennsport

in Hamburg beerdigen wollten«, konstatiert die Politikerin. »Ich gehe davon aus, dass die Doppelrennbahn gebaut wird.« Für deren Finanzierung gibt es mehrere Modelle, bei denen teilweise ebenfalls Mittel aus einem Verkauf des Bahrenfelder Areals eingeplant sind.

Dass das Horner Projekt »Kombibahn« trotz aller Einwände und Bedenken tatsächlich vorangetrieben wird, beweist die Ernennung von Christian Bartsch (CDU) zum Sachbearbeiter der Sportbehörde für die Doppelrennbahn.

Eine politische Gemengelage: gedeckelt



Autobahn 7 in Bahrenfeld: Kleingärten gedeckelt?

Auch die Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, Anja Hajduk von der GAL, mag in Sachen »Finanzierungsmodellen« bei der Stadtentwicklung nicht zurückstehen. Sie gleicht dabei ein wenig dem berühmten schwäbischen Schneiderlein, das bekanntlich mit einem Streich mehrere Probleme lösen wollte.

Erster wichtiger Schritt: Der Senat will die Entscheidung über den geplanten Lärmschutzdeckel für die Autobahn 7 zur Chefsache machen. Zur Begründung nannte der Behördensprecher das »gesamstädtische Interesse«. Die bisher zuständigen Bezirke Altona und Eimsbüttel sollen zwar mit in die Planungen eingebunden werden, die Entscheidungsgewalt wird ihnen aber aus den Händen genommen. Mit dieser Operation will Hamburg die Planungen zum Deckel beschleunigen. Durch ein laufendes Bürgerbegehren in Altona können die Planungen zum Deckel seit September nicht fortgeführt werden. Mit dem Begehren wehren sich KleingärtnerInnen gegen den Verkauf von städtischen Schrebergartenflächen und eine Verlagerung der Gärten auf den Deckel. Etwa 600 Ersatzparzellen sollen auf dem Deckel entstehen. Weitere Ersatzflächen sind laut Senatspapier am Swatten Weg geplant. Ebenso im Bereich Trabrennbahn und Vorhornweg. Die Überdeckung der A 7 ist ein gemeinsames Projekt des Bundes und des Landes. Der Bund will die A 7 sechs- beziehungs-

weise achtspurig ausbauen. Die gesamte Investitionssumme dafür liegt bei rund 430 Millionen Euro. Rund 250 Millionen Euro sollen in den Lärmschutz fließen. Davon finanziert der Bund unter anderem die ersten 740 Meter des Deckels nördlich des Elbtunnels in Bahrenfeld.

Hamburg will weitere Strecken überdecken und so die »Zerschneidung der Stadtteile« durch die Autobahn weitgehend beheben. Die von Hamburg zu tragenden Kosten für den A-7-Deckel belaufen sich nach neuesten Schätzungen der Behörde auf rund 167 Millionen Euro. Finanziert werden soll dies unter anderem durch den Verkauf von städtischen Grundstücken für den Wohnungsbau. Dafür müssen aber Hunderte Kleingärtner weichen. Die Stadt rechnet insgesamt mit Verkaufserlösen von etwa 126 Millionen Euro: 89 Millionen aus Altona, 13 Millionen aus Eimsbüttel, zusätzlich 24 Millionen Euro vom Verkauf der Trabrennbahn, denn der Pferdesport soll (siehe den vorhergehenden Beitrag) künftig in Horn mit einer »Kombibahn« konzentriert werden.

Angesichts meiner Erfahrungen mit der HSH Nordbank und der Elbphilharmonie bzw. insgesamt der Finanzierung der HafenCity ist mein Vertrauen in diese Berechnungen nicht sehr ausgeprägt.

Aber hier geht es um Grundsätzliches: Die Absicht der Senatorin von der GAL ist: Wir lösen durch Grundstücksver-

käufe das Problem Lärmschutz, gewinnen Flächen für den Wohnungsbau und legen endlich die Rennbahnen von Bahrenfeld und Horn zusammen. Pech für die BürgerInnen: Ein in Altona laufendes Bürgerbegehren wird ausgehebelt, mit dem sich KleingärtnerInnen gegen den Verkauf ihrer Parzellen wehren. Dieses Bürgerbegehren der Initiative »Apfelbaum braucht Wurzelraum« richtet sich ausdrücklich nicht gegen den Bau eines Autobahndeckels, sondern allein gegen die Finanzierung einer über die Planungen des Bundes hinausgehenden Überdeckung durch den Verkauf praktisch aller meist hundert Jahre alter Kleingartenanlagen in Ottensen/Othmarschen und Bahrenfeld.

Die nun von der BSU geforderte Übernahme der Bauleitplanung weg vom Bezirk hat ausschließlich den Zweck, das Finanzierungsmodell des Senats und damit den weiteren Verkauf öffentlichen Eigentums durchzusetzen. Die Fraktion DIE LINKE in der BV Altona hat mehrfach darauf hin-

gewiesen, dass in Altona viele öffentliche Gebäude verkauft werden (Gesundheits- und Jugendamt, Finanzamt, Seefahrtsschule, Gartenbauamt usw.), deren Erlöse in den Grundstock der Finanzbehörde fließen. Diese Mittel könnten bei entsprechendem politischen Willen statt z.B. in die Finanzierung der Elbphilharmonie für den von allen gewollten A7-Deckel genutzt werden.

Schließlich: Wenn die Behörde (BSU) jetzt, nachdem das Bürgerbegehren für den Erhalt der Altonaer Kleingärten erfolgreich abgeschlossen wurde, den Senat zur Evokation auffordert, heißt das, dass sie die anstehenden Schiedsverhandlungen zwischen den Vertrauensleuten des Bürgerbegehrens, den Vertreter/innen der in der Bezirksversammlung Altona vertretenen Parteien sowie dem Bezirksamt Altona genauso zur Farce werden lässt wie den im Nichteinigungsfall anstehenden Bürgerentscheid.

St. Georg: Litfaßsäule gerettet...



Der Protest war erfolgreich!

Die Verteidigung der alten Litfaßsäule auf dem Carl-von-Osietzky-Platz in St. Georg ist gelungen. Sie war von der »Hamburger Außenwerbung« (Ströer) im Herbst zum Abriss vorgesehen, konnte dann aber durch den Einsatz engagierter BewohnerInnen zunächst gesichert werden.

Das Ziel, aus der Riesentrommel Hamburgs erste kommunale Litfaßsäule zu machen, ist jetzt von Erfolg gekrönt worden. Der »Merkposten« an der Langen Reihe wird einer örtlichen Interessengemeinschaft unter Federführung der Geschichtswerkstatt zunächst und kostenfrei für ein Jahr überlassen, um hier eine zentrale Anschlagstelle für stadtteilbezogene Informationen und Ankündigungen zu schaffen.

Die Erstgestaltung dieser kommunalen Litfaßsäule soll mittels großer DIN-A0-Plakate von verschiedenen kulturellen und sozialen Einrichtungen sowie Initiativen und Vereinen erfolgen. Das Anbringen der ersten Plakatserie und die Ein-

weihung der Stadtteilsäule sind für Dienstag, den 24. Februar, um 17.30 Uhr, unmittelbar vor der nächsten Sitzung des Stadtteilbeirats, anberaunt.

Zu diesem schönen Erfolg möchte ich den St. GeorgerInnen ausdrücklich gratulieren. Ohne ihren Einsatz stünde jetzt dort eine »City-Light-Säule« mit öder Werbefläche. Zurückerobert werden konnte mit der Litfaßsäule ein Stück alternativer Öffentlichkeit(sarbeit). Ein Beispiel, das auch anderswo Schule machen sollte – noch stehen einige altherwürdige Litfaßsäulen...

»1000 Töpfe« dagegen hat seine Pforten an der Langen Reihe für immer geschlossen – für viele Menschen im Stadtteil ein Abschied mit Wehmut. Das gleiche Schicksal traf die Filiale in der Schanze (»Kult-Kaufhaus weicht [Eigentums]wohnungen« titelte das Abendblatt). Dass das Kaufhaus in der Ruhrstraße in Altona weiter existiert, ist nur ein geringer Trost.

... 1000 Töpfe weg



Abschied von einem Kult-Kaufhaus

1968: Die Literatur ist tot – wir lesen weiter!

Aufmerksam machen möchte ich auf ein »Literarisches Menü«, das am Sonntag, dem 15. Februar, von 11:00 bis ca. 14:00 Uhr im Kulturladen in der Alexanderstraße 16 stattfindet: Die literaturbegeisterten »LitMens« – eine siebenköpfige, ehrenamtlich engagierte Truppe – präsentieren ihr mittlerweile neuntes Programm: »1968: Die Literatur ist tot – Wir lesen weiter!«

Es gibt ernstere Texte, die mit der Vätergeneration abrechnen, aber auch amüsante Blüten aus der zeitgenössischen Literatur um 1968. Uwe Johnson lässt sich über die ach so guten Leute aus, Dieter Süverkrüp geht die Altnazis an, der Weiberrat die sozialistischen Eminenzen mit ihren bürger-

lichen Schwänzen, F.K. Waechter vermittelt im »Anti-Struwelpeter« die schönsten Seiten antiautoritärer Ideale. Ein politisches, dennoch höchst unterhaltsames Programm. Nicht zuletzt bietet die den St. GeorgerInnen aus Altona zu Hilfe kommende Sylvia Necker das eine oder andere musikalische Stück dar, die Songs stammen von Bob Dylan, Schneewittchen, Dieter Süverkrüp, Ton-Steine-Scherben. Zwischen den vier jeweils halbstündigen Vortragseinheiten lädt der Kulturladen zu einem gepflegten Buffet ein. Der Eintritt beträgt 15 Euro (darin erhalten ist der Brunch, aber keine Getränke). Verbindliche Anmeldungen werden unter Tel. 28 00 78 55 entgegengenommen.



Das 1967er-Original im Hamburger Staatsarchiv

Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an – zum Beispiel während meiner **Sprechstunde donnerstags von 16:00 bis 18:00 Uhr im BürgerInnenbüro der LINKEN in der Borgfelder Straße 83** –, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen.